

Vortrag an den Ministerrat

Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD); Treffen des Ministerrates am 9. und 10. Juni 2022, Paris, Bericht

Der Ministerrat der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) trat am 9. und 10. Juni 2022 in Paris unter italienischem Vorsitz zusammen. Das Generalthema des Treffens lautete „Die Zukunft, die wir wollen: Eine bessere Politik für die nächste Generation und eine nachhaltige Transition“. Die österreichische Delegation wurde von Herrn Sektionsleiter Botschafter Mag. Dr. Thomas Oberreiter (Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten) und von Frau Sektionsleiterin Mag.a Cynthia Eva Zimmermann (Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft) geleitet.

Im Rahmen des Ministerrates wurden die für den Erweiterungsprozess der Organisation notwendigen sog. „Roadmaps“ für die Beitrittskandidaten Brasilien, Bulgarien, Kroatien, Peru und Rumänien angenommen. Zur Unterstützung der Mitgliedstaaten im Bereich der grünen Transformation wurde ein sog. „OECD Inclusive Forum on Carbon Mitigation Approaches“ eingerichtet sowie für eine Vertiefung der Kooperation der Organisation mit Afrika die Ausarbeitung einer OECD-Afrika Partnerschaft beschlossen.

Neben der Präsentation des OECD-Wirtschaftsausblicks und den strategischen Orientierungen des Generalsekretärs Mathias Cormann mit den Arbeitsschwerpunkten der Organisation, befassten sich die thematischen Diskussionen unter anderem mit der russischen Aggression gegenüber der Ukraine, mit den Herausforderungen in den Bereichen globaler Handel und Nachhaltigkeit, aber auch mit der Frage der Berücksichtigung der Interessen der Jugend, mit den Wegen aus der Pandemie bzw. der umfassenden Pandemievorbeugung und -bekämpfung sowie dem ökologischen Wandel und dem OECD Beitrittsprozess im Allgemeinen.

Neben der Annahme der sog. „Gemeinsamen Abschlusserklärung“ der OECD Mitgliedstaaten, verabschiedeten die Minister und Ministerinnen folgende Empfehlungen, die dem Ministerratsvortrag zur Information beigelegt sind:

- Bessere Chancen für junge Menschen schaffen („Creating Better Opportunities for Young People“);
- Zehn globale Grundsätze zur Bekämpfung von Steuerstraftaten („Ten Global Principles for Fighting Tax Crimes“);
- Internationale Zusammenarbeit im Regulierungsbereich zur Bewältigung globaler Herausforderungen („International Regulatory Co-operation to Tackle Global Challenges“);
- Umweltinformation und -berichterstattung („Environmental Information and Reporting“);
- Politikrahmen für KMU und Unternehmertum („SME and Entrepreneurship Policy“);
- Blockchain und andere „Distributed-Ledger“ Technologien („Blockchain and other Distributed Ledger Technologies“);
- Soziale und solidarische Wirtschaft und soziale Innovation („Social and Solidarity Economy and Social Innovation“);
- Ausländische Direktinvestitionen: Anforderungen für eine nachhaltige Entwicklung („Foreign Direct Investment: Qualities for Sustainable Development“).

Die Minister und Ministerinnen begrüßten außerdem folgende Berichte, die dem Ministerratsvortrag zur Information beigelegt sind:

- Bericht über die Umsetzung der OECD-Empfehlung zur Bevölkerungsalterung und Beschäftigungspolitik („Report on the Implementation of the OECD Recommendation on Ageing and Employment Policies“);
- Bericht über die Umsetzung der OECD-Empfehlungen zur Gleichstellung der Geschlechter („Report on the Implementation of the OECD Gender Recommendations“);
- die jährliche Aktualisierung des Standardsetzungsberichts der OECD;
- Bericht des Generalsekretärs an die Minister und Ministerinnen über die Umsetzung der OECD-Strategie für globale Beziehungen.

Die Minister und Ministerinnen nahmen folgende drei Studien zur Kenntnis:

- „OECD Global Plastics Outlook: Economic Drivers, Environmental Impacts and Policy Options“;

- „Global Plastics Outlook: Projections and Policy Scenarios to 2060“;
- „Environment Ministers’ Commitments on Plastics“.

Im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Arbeit und Wirtschaft stelle ich daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

2. September 2022

Mag. Alexander Schallenberg, LL.M.
Bundesminister